

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz  
(10. Ausschuss)**

- a) zu dem Antrag der Abgeordneten Heinz Paula, Dr. Wilhelm Priesmeier, Petra Crone, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD  
– Drucksache 17/2017 –

**Bessere Haltung von Kaninchen zu Erwerbszwecken –  
Konkrete Haftungsbedingungen in die Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung aufnehmen**

- b) zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Kirsten Tackmann, Karin Binder, Alexander Süßmair, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.  
– Drucksache 17/1601 –

**Die Haltung von Mast- und Zuchtkaninchen in Deutschland und der Europäischen Union tiergerechter regeln – Mindestanforderungen unverzüglich auf den Weg bringen**

- c) zu dem Antrag der Abgeordneten Friedrich Ostendorff, Undine Kurth (Quedlinburg), Bärbel Höhn, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
– Drucksache 17/2006 –

**Die gewerbliche Haltung von Mast- und Zuchtkaninchen in Deutschland und der Europäischen Union deutlich verbessern**

**A. Problem**

Zu Buchstabe a

Mit Drucksache 17/2017 soll die Bundesregierung insbesondere aufgefordert werden,

- die Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung so zu ändern, dass die Haltung von Mast- und Zuchtkaninchen explizit erwähnt wird;
- die tierschutzrechtlichen Anforderungen an die Zucht und Haltung von Kaninchen zu Erwerbszwecken so zu konkretisieren, dass die Tiere gemäß ihren art eigenen Bedürfnissen gehalten werden und Tierhaltern und Überwachungsbehörden klare Vorgaben für die Beurteilung dieser Kaninchenhaltung zur Verfügung stehen;
- auf europäischer Ebene auf eine zeitnahe, einheitliche und rechtsverbindliche Regelung für die artgerechte Zucht und Haltung von Kaninchen zu Erwerbszwecken unter Berücksichtigung der Tiergesundheit zu drängen und für deren Verabschiedung zu sorgen;
- weitere wissenschaftliche Untersuchungen und Forschungsprojekte zu einer artgerechten Kaninchenhaltung zu fördern.

Zu Buchstabe b

Mit Drucksache 17/1601 soll die Bundesregierung insbesondere aufgefordert werden,

- in die Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung Mindestanforderungen an die Kaninchenhaltung aufzunehmen, die artgerechte Verhaltensweisen ermöglichen, und auch auf der EU-Ebene für europaweit einheitliche Mindestanforderungen in diesem Sinne einzutreten;
- sich auf der EU-Ebene für eine Herkunfts- und Haltungskennzeichnung für importiertes Kaninchenfleisch einzusetzen, damit Verbraucherinnen und Verbraucher sich bewusst für die Herkunft aus bestimmten Haltungsformen entscheiden können;
- sich für eine zentrale Datenerfassung der gewerblichen Kaninchenhaltung, -schlachtung und des Fleischverbrauchs in Deutschland und innerhalb der EU einzusetzen;
- in Zusammenarbeit mit den Bundesländern ein Förderprogramm „artgerechte Tierhaltung“ für die gewerbliche Kaninchenhaltung zu entwickeln;
- Forschungsgelder zur Weiterentwicklung moderner artgerechter Tierhaltungssysteme für die Kaninchenmast weiterhin bereitzustellen.

Zu Buchstabe c

Mit Drucksache 17/2006 soll die Bundesregierung insbesondere aufgefordert werden,

- in die Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung einen zusätzlichen Abschnitt mit Mindestanforderungen an das Halten von Kaninchen aufzunehmen und hierbei insbesondere darauf zu achten, dass die Kaninchen im angebotenen Raum artgemäße Verhaltensweisen ausüben können;
- sich in der Europäischen Union dafür einzusetzen, dass europaweit artgerechte Mindesthaltungsvorschriften für Mastkaninchen beschlossen werden;
- sich in der Europäischen Union dafür einzusetzen, dass ein EU-weit verbindliches System der Herkunfts-kennzeichnung für tierische Produkte eingeführt wird;

- sicherzustellen, dass im Rahmen der geplanten obligatorischen Prüf- und Zulassungsverfahren für seriell hergestellte Unterkünfte für Tiere nicht nur Haltungseinrichtungen für die kommerzielle Kaninchenzucht und -mast, sondern auch für kleinstrukturierte, häusliche Hobbyhaltung von Hauskaninchen für die organisierte Rassekaninchenzucht, für Tierbörsen und Zoohandlungen auf Tiergerechtigkeit geprüft werden;
- dafür Sorge zu tragen, dass der Bestand an Kaninchen und die Erzeugung von Kaninchenfleisch in Deutschland statistisch erfasst wird;
- sich in ihren Branchengesprächen mit Handelsunternehmen dafür einzusetzen, dass diese nur Kaninchenfleisch listen, das aus artgerechter Haltung stammt.

## **B. Lösung**

Zu Buchstabe a

**Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/2017 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Zu Buchstabe b

**Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/1601 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD**

Zu Buchstabe c

**Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/2006 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

## **C. Alternativen**

Keine.

## **D. Kosten**

Wurden im Ausschuss nicht erörtert.

## **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,

- a) den Antrag auf Drucksache 17/2017 abzulehnen,
- b) den Antrag auf Drucksache 17/1601 abzulehnen,
- c) den Antrag auf Drucksache 17/2006 abzulehnen.

Berlin, den 7. Juli 2010

### **Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**

**Hans-Michael Goldmann**  
Vorsitzender

**Dieter Stier**  
Berichterstatter

**Heinz Paula**  
Berichterstatter

**Dr. Christel Happach-Kasan**  
Berichterstatterin

**Alexander Süßmair**  
Berichterstatter

**Friedrich Ostendorff**  
Berichterstatter

## Bericht der Abgeordneten Dieter Stier, Heinz Paula, Dr. Christel Happach-Kasan, Alexander Süßmair und Friedrich Ostendorff

### I. Überweisung

#### Zu Buchstabe a

Der Antrag auf **Drucksache 17/2017** wurde in der 49. Sitzung des Deutschen Bundestages am 17. Juni 2010 dem Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zur federführenden Beratung und dem Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, dem Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit sowie dem Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

#### Zu Buchstabe b

Der Antrag auf **Drucksache 17/1601** wurde in der 49. Sitzung des Deutschen Bundestages am 17. Juni 2010 dem Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zur federführenden Beratung und dem Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, dem Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit sowie dem Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

#### Zu Buchstabe c

Der Antrag auf **Drucksache 17/2006** wurde in der 49. Sitzung des Deutschen Bundestages am 17. Juni 2010 dem Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zur federführenden Beratung und dem Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, dem Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit sowie dem Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

### II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Die Anträge der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beanstanden, dass der Schutz landwirtschaftlicher Nutztiere zwar europaweit geregelt und in der Bundesrepublik Deutschland durch die Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung umgesetzt worden ist. Diese Regelungen enthalten jedoch nur allgemeine Anforderungen und keine konkreten Vorgaben für die Zucht und Haltung von Kaninchen zu Erwerbszwecken. Bei den gegenwärtigen Unterbringungs- und Haltungsformen, die sich negativ auf die Gesundheit und das Wohlergehen gewerblich gehaltener Hauskaninchen auswirken, sehen die Antragsteller erheblichen Handlungsbedarf.

#### Zu Buchstabe a

Mit Drucksache 17/2017 soll die Bundesregierung insbesondere aufgefordert werden,

- die Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung so zu ändern, dass die Haltung von Mast- und Zuchtkaninchen explizit erwähnt wird;
- die tierschutzrechtlichen Anforderungen an die Zucht und Haltung von Kaninchen zu Erwerbszwecken so zu konkretisieren, dass die Tiere gemäß ihren arteinigen Bedürfnissen gehalten werden und Tierhalten und Über-

wachungsbehörden klare Vorgaben für die Beurteilung dieser Kaninchenhaltung zur Verfügung stehen;

- auf europäischer Ebene auf eine zeitnahe, einheitliche und rechtsverbindliche Regelung für die artgerechte Zucht und Haltung von Kaninchen zu Erwerbszwecken unter Berücksichtigung der Tiergesundheit zu drängen und für deren Verabschiedung zu sorgen;
- weitere wissenschaftliche Untersuchungen und Forschungsprojekte zu einer artgerechten Kaninchenhaltung zu fördern.

#### Zu Buchstabe b

Mit Drucksache 17/1601 soll die Bundesregierung insbesondere aufgefordert werden,

- in die Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung Mindestanforderungen an die Kaninchenhaltung aufzunehmen, die artgerechte Verhaltensweisen ermöglichen, und auch auf der EU-Ebene für europaweit einheitliche Mindestanforderungen in diesem Sinne einzutreten;
- sich auf der EU-Ebene für eine Herkunfts- und Haltungskennzeichnung für importiertes Kaninchenfleisch einzusetzen, damit Verbraucherinnen und Verbraucher sich bewusst für die Herkunft aus bestimmten Haltungsformen entscheiden können;
- sich für eine zentrale Datenerfassung der gewerblichen Kaninchenhaltung, -schlachtung und des Fleischverbrauchs in Deutschland und innerhalb der EU einzusetzen;
- in Zusammenarbeit mit den Bundesländern ein Förderprogramm „artgerechte Tierhaltung“ für die gewerbliche Kaninchenhaltung zu entwickeln;
- Forschungsgelder zur Weiterentwicklung moderner artgerechter Tierhaltungssysteme für die Kaninchenmast weiterhin bereitzustellen.

#### Zu Buchstabe c

Mit Drucksache 17/2006 soll die Bundesregierung insbesondere aufgefordert werden,

- in die Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung einen zusätzlichen Abschnitt mit Mindestanforderungen an das Halten von Kaninchen aufzunehmen und hierbei insbesondere darauf zu achten, dass die Kaninchen im angebotenen Raum artgemäße Verhaltensweisen ausüben können;
- sich in der Europäischen Union dafür einzusetzen, dass europaweit artgerechte Mindesthaltungsvorschriften für Mastkaninchen beschlossen werden;
- sich in der Europäischen Union dafür einzusetzen, dass ein EU-weit verbindliches System der Herkunftskennzeichnung für tierische Produkte eingeführt wird;
- sicherzustellen, dass im Rahmen der geplanten obligatorischen Prüf- und Zulassungsverfahren für seriell herge-

stellte Unterkünfte für Tiere nicht nur Haltungseinrichtungen für die kommerzielle Kaninchenzucht und -mast, sondern auch für kleinstrukturierte, häusliche Hobbyhaltung von Hauskaninchen für die organisierte Rassekaninchenzucht, für Tierbörsen und Zoohandlungen auf Tiergerechtigkeit geprüft werden;

- dafür Sorge zu tragen, dass der Bestand an Kaninchen und die Erzeugung von Kaninchenfleisch in Deutschland statistisch erfasst wird;
- sich in ihren Branchengesprächen mit Handelsunternehmen dafür einzusetzen, dass diese nur Kaninchenfleisch listen, das aus artgerechter Haltung stammt.

### III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Zu Buchstabe a

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie**, der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** sowie der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** haben den Antrag auf Drucksache 17/2017 in ihren Sitzungen am 7. Juli 2010 abschließend beraten und übereinstimmend mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags empfohlen.

Zu Buchstabe b

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat in seiner 22. Sitzung am 7. Juli 2010 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/1601 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** sowie der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** haben den Antrag in ihren Sitzungen am 7. Juli 2010 abschließend beraten und übereinstimmend mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD die Ablehnung des Antrags empfohlen.

Zu Buchstabe c

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** und der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** haben den Antrag auf Drucksache 17/2006 in ihren Sitzungen am 7. Juli 2010 abschließend beraten und übereinstimmend mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD die Ablehnung des Antrags empfohlen.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat in seiner 20. Sitzung am 7. Juli 2010 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag abzulehnen.

### IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** hat die Anträge auf Drucksachen 17/2017, 17/1601 und 17/2006 in seiner 20. Sitzung am 7. Juli 2010 abschließend beraten. Der Ausschuss beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung der Anträge auf Drucksachen 17/2017 und 17/2006 zu empfehlen.

Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD, dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Antrag auf Drucksache 17/1601 abzulehnen.

Die **Fraktion der CDU/CSU** betonte, man nehme das Thema Tierschutz sehr ernst und werde sich weiterhin für gute Bedingungen der Tierhaltung in der Landwirtschaft einsetzen. Tierhaltung dürfe aber nicht pauschal als Tierquälerei bezeichnet und dadurch das Vertrauen in die Landwirtschaft diskreditiert werden. In Deutschland gelte das Tierschutzgesetz sowie die Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung. Das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz habe bereits angekündigt, das Erfordernis zusätzlicher spezifischer Regelungen zu prüfen. Derzeit würden die Ergebnisse eines Forschungsprojektes zur Haltung von Mastkaninchen und weiterer wissenschaftlicher Erkenntnisse mit dem Ziel ausgewertet, einen Entwurf zu erarbeiten und noch in diesem Jahr vorzulegen. Die Auswertung dieser Ergebnisse sollte zunächst abgewartet werden. Teilweise seien die in den Anträgen enthaltenen Forderungen überhaupt nicht zu erfüllen, wenn es beispielsweise darum gehe, den Bestand an Kaninchen statistisch zu erfassen. Es sei viel zu aufwendig und den Haltern auch nicht zuzumuten, jedes Kaninchen in einer kleinen Haltung zu erfassen. Die Anträge würden der Situation im Lande nicht gerecht und deshalb abgelehnt.

Die **Fraktion der SPD** wies auf die unhaltbaren Zustände bei der Kaninchenhaltung hin, die zusätzliche Erkrankungen und Kannibalismus unter den Kaninchen, verbunden mit höheren Kosten für die Halter, zur Folge hätten. Dringender Handlungsbedarf sei deshalb gegeben und auch Bundesministerin Ilse Aigner habe sich bereits dahingehend geäußert, dass reagiert werden müsse. Von den Forderungen in dem Antrag der SPD-Fraktion seien bestimmte Bereiche wie Kaninchenzüchter oder Kaninchenzuchtvereine auszunehmen. In Massentierhaltungen bestünden jedoch enorme Probleme, auf die in aktuellen Medienberichten hingewiesen worden sei. Die Zustimmung zum vorgelegten Antrag bedeute eine Unterstützung notleidender Tiere. Dem Handel und auch den Verbrauchern kämen klare Regelungen zur Aufzucht unter tiergerechten Bedingungen ebenfalls zugute. Der Antrag beinhalte eine Reihe von Mindestanforderungen an eine artgerechte Haltung, die auf ersten Untersuchungen beispielsweise der Justus-Liebig-Universität Gießen beruhten, auf denen notwendige weitere Untersuchungen aufbauen könnten. Eine EU-weite Regelung werde ebenfalls für dringend erforderlich erachtet.

Die **Fraktion der FDP** stellte klar, im Grunde stimmten alle Fraktionen darin überein, dass es außerordentlich wichtig sei, sich für den Tierschutz einzusetzen. Dies ergebe sich aus der Verantwortung des Menschen für das Tier als Mitgeschöpf, dessen Leben und Wohlbefinden geschützt werden müsse. Um Erkenntnisse über mögliche Verbesserungen des Tierschutzes zu gewinnen, habe man Forschungsprojekte aufgelegt, deren Ergebnisse aber zunächst ausgewertet werden müssten. Danach könne man die notwendigen Haltungsanforderungen definieren, diese anschließend umsetzen und auch kontrollieren. Im Bereich der Kaninchenhaltung bestehe neben der Nutztierhaltung zusätzlich auch die Hobbyhaltung. Nicht nur die Nutztierhalter müssten zur artgerechten Haltung angehalten werden, sondern in gleicher Weise auch die Hobbyhalter, denn schließlich gehe es um Tierschutz und nicht darum, landwirtschaftliche Nutztierhaltung zu erschweren. Die Erfassung jedes einzelnen Kaninchens werde jedoch für nicht umsetzbar gehalten, denn dies führe zu weiterem bürokratischem Aufwand, den man unbedingt vermeiden müsse. Die Bundesregierung sollte baldmöglichst Vorgaben für die Haltungsbedingungen erarbeiten, die Auswertung der Forschungsergebnisse müsse jedoch abgewartet werden.

Die **Fraktion DIE LINKE.** unterstützte die Anträge der anderen Fraktionen insbesondere im Hinblick auf die Forderungen auf europäischer Ebene. Dort solle sich die Bundesregierung für Mindestanforderungen der artgerechten Haltung, für die Einführung von Herkunfts- und Herkunftskennzeichnungen sowie für eine Datenerfassung der gewerblichen Kaninchenhaltung und -schlachtung einsetzen. Außerdem werde vorgeschlagen, die Forschung zur Weiterentwicklung moderner artgerechter Tierhaltungssysteme zu fördern. In den anderen Anträgen seien die Intentionen ähnlich wie im eigenen Antrag, sie gingen alle in die

richtige Richtung, denn es bestehe dringender Handlungsbedarf.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** wies auf tierschutzwidrige Praktiken bei der Intensivhaltung von Mast- und Zuchtkaninchen zu Erwerbszwecken hin. Die Haltungsbedingungen von Kaninchen seien nicht tiergerecht. Um diese Situation der Tierquälerei zu beenden, fordere die Fraktion Mindestanforderungen für eine tiergerechte Kaninchenhaltung, eine Herkunftskennzeichnung sowie obligatorische Prüf- und Zulassungsverfahren. Die Bundesregierung sollte dafür eintreten, dass dies europaweit umgesetzt werde. Außerdem seien Branchengespräche mit Handelsunternehmen zu führen, um diese zu bewegen, nur noch Kaninchenfleisch zu listen, das aus artgerechter Haltung stamme. Der Vorschlag in den Anträgen der Fraktionen SPD und DIE LINKE., ein Förderprogramm für artgerechte Tierhaltung aufzulegen und Forschungsgelder in diesem Bereich aus knapper werdenden Bundesmitteln vorzusehen, werde begrüßt.

Die **Bundesregierung** erklärte, das Fernsehmagazin „Report“ habe einige Fälle aufgegriffen und die örtlichen Behörden seien verpflichtet, diesen Hinweisen nachzugehen. Die geltende Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung biete bereits die erforderlichen Möglichkeiten zum Eingreifen und untersage die aufgezeigten Verhältnisse ausdrücklich. Dies bedeute, jedem dieser Fälle werde nachgegangen. Wenn Missstände auch im Einzelfall bekannt werden, hätten die Landesbehörden unmittelbar zu reagieren. In laufenden Forschungsvorhaben werde untersucht, ob für die gewerbliche Kaninchenhaltung weitere spezifische Regelungen notwendig seien. Die Ergebnisse dieser Forschungsvorhaben sollten aber zunächst ausgewertet werden, um möglichst noch in diesem Jahr Vorschläge unterbreiten zu können, die sich EU-weit umsetzen lassen. Die EU-Kommission habe hierzu ebenfalls Vorschläge angekündigt.

Berlin, den 7. Juli 2010

**Dieter Stier**  
Berichterstatter

**Heinz Paula**  
Berichterstatter

**Dr. Christel Happach-Kasan**  
Berichterstatte

**Alexander Süßmair**  
Berichterstatter

**Friedrich Ostendorff**  
Berichterstatter

